

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Andreas Winhart

Abg. Josef Schmid

Abg. Toni Schuberl

Abg. Ralf Stadler

Abg. Dr. Hubert Faltermeier

Abg. Horst Arnold

Abg. Martin Hagen

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 10** auf und rufe in Erinnerung, dass auch hierzu namentliche Abstimmung beantragt wurde.

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Ulrich Singer, Christian Klingen u. a. und Fraktion (AfD)

Österreich als Vorbild folgen: Bundespräsidenten direkt vom Volk wählen lassen

-

jetzt die Weichen für die nächsten Wahlen stellen (Drs. 18/20552)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 32 Minuten. Erster Redner ist Herr Abgeordneter Andreas Winhart für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! "Mehr Demokratie wagen!" – Werte Kolleginnen und Kollegen von der SPD, Sie kennen diesen Spruch von Herbert Frahm, besser bekannt unter seinem Kampfnamen Willy Brandt.

(Zurufe von der SPD: Oh! – Martin Hagen (FDP): Alter!)

Ich bin ja gespannt, meine Damen und Herren von der SPD, ob Sie heute auch noch bereit sind, mehr Demokratie zu wagen.

Kein Geheimnis ist, dass dieser Antrag tiefste AfD-Genetik trifft. Es ist ein basisdemokratischer Ansatz, den unsere Partei seit ihrer Gründung verfolgt, den Bundespräsidenten direkt zu wählen. Für uns ist es natürlich grundsätzlich wichtig, die Bevölkerung an möglichst vielen Entscheidungen zu beteiligen.

Nichtsdestoweniger: Die Debatte um diesen Antrag ist neu entbrannt nach der Bundesversammlung im Februar, bei der viele von uns ja auch anwesend waren. Deshalb

hatten wir ihn damals auch als Dringlichkeitsantrag eingebracht und ziehen ihn heute noch mal hier ins Plenum.

Meine Damen und Herren, man muss schon mal fragen – und das ist auch in vielen Diskussionsrunden in der deutschen Bevölkerung diskutiert worden –, welche Legitimation ein Joachim Löw, eine Olivia Jones oder ein Roland Kaiser haben, VIPs aus ganz anderen Bereichen, die keine Volksvertreter sind. Sie sind nicht gewählt worden, sie sind nicht legitimiert worden, sie sind durch ein Gremium irgendwie benannt worden.

Meine Damen und Herren, noch bitterer wird es – seien wir mal ganz offen und ehrlich –, wenn wir uns anschauen, wie dieses Gremium Bundesversammlung für die Selbstinszenierung dieser Künstler und ihrer Entourage missbraucht wird. Schlimmstes Beispiel in Berlin war diesmal die Künstlerin – nennen wir sie mal eine Künstlerin – Reyhan Sahin, besser bekannt als Lady Bitch Ray. Meine Damen und Herren, das Auftreten dieser Dame war sicherlich weder repräsentativ für die deutsche Bevölkerung, noch war es dem Anlass, der Wahl des höchsten deutschen Repräsentanten, irgendwie angemessen.

Meine Damen und Herren, die AfD-Fraktion möchte, dass der Bayerische Landtag die Staatsregierung auffordert, sich auf verschiedensten Ebenen dafür einzusetzen, dass der Bundespräsident in Zukunft vom Volk gewählt wird, wie das beispielsweise auch in Österreich der Fall ist, und dass jeder Erwachsene – werte GRÜNE, ich betone nochmal: jeder Erwachsene – sein aktives Wahlrecht entsprechend ausüben kann.

Zahlreiche Fraktionen dieses Hauses rühmen sich auch damit, mehr für Demokratie zu tun, mehr direkte Demokratie zuzulassen. Ich möchte da beispielsweise an einen Beschluss des CSU-Parteivorstandes vom 17. Juli 2017 erinnern. Wir hatten das auch in der Begründung unseres Antrages ausgeführt. Darin ist ganz klar die Rede davon, "die Bürger an der Ausgestaltung unserer Politik stets eng zu beteiligen" usw. Meine

Damen und Herren von der CSU, heute können Sie das, was Sie versprochen haben, auch unter Beweis stellen.

Wir haben im Titel unseres Antrags ganz bewusst als Vorbild Österreich genannt. Dort funktioniert das wunderbar. Österreich hat ja bekanntlich nach dem Zweiten Weltkrieg eine ähnliche Historie genommen wie wir. Man hat sich dort aber dafür entschieden, den Bundespräsidenten der Republik Österreich direkt zu wählen.

Lassen Sie jetzt Bayern zum Vorbild werden, und lassen Sie uns in Zukunft auch in der Bundesrepublik Deutschland den Bundespräsidenten direkt wählen und Bayern hierbei Vorreiter sein für mehr Demokratie in Deutschland.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nächster Redner ist Herr Kollege Josef Schmid für die CSU-Fraktion.

Josef Schmid (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Winhart, bei Ihrem Beitrag habe ich gedacht, von Vertretern Ihrer Fraktion sei im entsprechenden Ausschuss schon alles gesagt worden, nur noch nicht von jedem aus Ihrer Fraktion. Neues war nicht dabei. Wir fragen uns, warum wir uns heute mit diesem Thema hier im Plenum noch einmal beschäftigen müssen. Ehrlich gesagt, wenn man Ihnen so zuhört, dann merkt man ja schon die Brüche in Ihrer eigenen Argumentation.

Einerseits plädieren Sie dafür, dass der Bundespräsident direkt von den Bürgerinnen und Bürgern, vom deutschen Volk, gewählt wird; andererseits monieren Sie dann, dass auch Bürger dieses Landes wie Lady Bitch Ray und Joachim Löw den Bundespräsidenten wählen.

(Andreas Winhart (AfD): Die finden Sie gut?)

– Nein, Sie haben das gerade nicht gut gefunden. Sie haben das gerade als etwas Schlimmes dargestellt

(Ulrich Singer (AfD): Das haben wir nicht gesagt!)

und als irgendwelche Eliten oder sonst etwas. Aber ehrlich gesagt, entweder sind es Abgeordnete oder es ist das deutsche Volk, und diese beiden Personen gehören für mich zum deutschen Volk.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD sowie Abgeordneten der FDP)

Das ist also schon einmal ein Bruch in Ihrer Argumentation.

Zum Zweiten weise ich irgendwelche Unterstellungen zur Position der CSU zurück. 2017 hat die CSU im Bayernplan angesprochen, dass wir für eine stärkere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger sind. Wir haben aber auch klar angesprochen, wobei, nämlich bei Abstimmungen wie etwa bei Volksbegehren und Volksentscheiden und auch dann, wenn es um europapolitische Fragen geht. Von der Bundespräsidentenwahl war dabei überhaupt nicht die Rede. Also hören Sie auf, so etwas zu behaupten.

Jetzt kommen wir einmal zum eigentlichen Thema. Wer die deutsche Geschichte kennt, der weiß, warum sich die Verfassungsväter des Grundgesetzes dafür entschieden haben, den Bundespräsidenten nicht mehr direkt zu wählen. Das geht logischerweise mit der Frage der Rechte und Befugnisse des Bundespräsidenten einher. Wenn Sie das etwa mit dem Reichspräsidenten in der Weimarer Reichsverfassung vergleichen, dann stellen Sie fest, er hat den Kanzler bestimmt, hatte das Recht zur Parlamentsauflösung, ein Notverordnungsrecht und den Oberbefehl über die Streitkräfte. Das sind die Befugnisse, die damals mit der Direktwahl einhergingen.

In Ihrem Antrag stellen Sie auch auf Österreich ab; dort ist es nicht viel anders. Auch der Bundespräsident in Österreich hat viel umfassendere Rechte, nämlich ebenfalls den Bundeskanzler nach Belieben zu ernennen, den Bundeskanzler und die gesamte

Bundesregierung in Österreich zu entlassen, auf Antrag der Bundesregierung den Nationalrat, also das Parlament, aufzulösen, einzelne Mitglieder der österreichischen Bundesregierung ablehnen zu dürfen, wenn er sie für ungeeignet hält, ebenso wie eine Interims-Bundesregierung zu bestellen. Das sind die Unterschiede.

Wenn man also möchte, dass der Bundespräsident bei uns direkt gewählt wird, dann muss man sich darüber gewahr sein, dass das auch die Diskussion über die Frage der Rechte des Bundespräsidenten auslösen wird. Wir sind gerade auch aufgrund unserer Geschichte glücklich darüber, wie es ist. Wenn Sie wollen, dass Bürgerinnen und Bürger direkt beteiligt werden, dann können Sie – wie das übrigens andere auch gemacht haben – ganz normale Bürgerinnen und Bürger, die nicht prominent sind, die nicht aus dem Showbereich oder dem Fußball kommen, zur nächsten Bundespräsidentenwahl schicken, wenn Sie dann überhaupt noch in Landesparlamenten vertreten sind und diese Möglichkeit haben.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf des Abgeordneten Andreas Winhart (AfD))

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Schmid. – Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Herr Abgeordneter Winhart, bitte.

Andreas Winhart (AfD): Herr Kollege Schmid, ich bin jetzt echt überrascht, dass Sie Lady Bitch Ray gut finden, aber okay. Ich kann aber nicht stehen lassen, dass Sie den Bundespräsidenten und dessen Rechte mit denen des Reichspräsidenten beispielsweise in der Weimarer Republik oder dem Bundespräsidenten in Österreich vergleichen. In unserem Antrag steht überhaupt nichts über die Rechte des Bundespräsidenten, und wir wollen daran auch nichts ändern. Aber es ist ganz egal, welche Rechte er hat; er kann trotzdem vom Volk gewählt werden. Es macht nämlich überhaupt keinen Unterschied, und darüber eröffnen Sie auch keine Diskussion. Ja, ich gebe Ihnen

recht, dass eine Wahl des Bundespräsidenten durch die Bevölkerung ein paar Euro teurer ist, aber wir wollen doch bitte nicht an der Demokratie sparen.

(Beifall bei der AfD)

Josef Schmid (CSU): Also, das zeigt, wie Sie argumentieren. Ich habe überhaupt kein Wort über teuer und nicht teuer gesagt. Das interpretieren Sie jetzt plötzlich hinein.

(Andreas Winhart (AfD): Aber über Österreich!)

Ihre Frage zeigt aber auch wieder, wie wenig Ahnung Sie von der Verfassungsgeschichte haben und wie fern Sie von der politologischen Diskussion sind, weil die natürlich kommt.

(Andreas Winhart (AfD): Welche Politologie?)

Wenn ein Staatsoberhaupt direkt vom Volk gewählt wird, dann gibt es in der Politologie selbstverständlich sofort die Debatte über die Ausstattung dieses Amtes mit entsprechenden Rechten und Befugnissen.

(Zuruf des Abgeordneten Andreas Winhart (AfD))

Es wundert mich aber nach Ihrer Frage nicht mehr, dass Sie das nicht wissen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Schmid. – Nächster Redner ist Herr Kollege Toni Schuberl für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Toni Schuberl (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Direktwahl hat Vor- und Nachteile. Ich habe durchaus auch schon in früheren Jahren eine Direktwahl des Bundespräsidenten oder der Bundespräsidentin überlegt. Es gibt Vor- und Nachteile; das muss man diskutieren und sich überlegen. Herr Kollege Schmid hat die Geschichte angesprochen; der Reichspräsident ist direkt gewählt worden, aber es war

eine andere Situation. Er war der Ersatzkaiser, wie gesagt worden ist. Heute ist der Bundespräsident eher der Staatsnotar. Die Frage steht eben schon im Raum, ob sich das Gefüge nicht automatisch verändert, wenn man einer Person im Staatsgefüge derartige demokratische Legitimation gibt; Herr Kollege Schmid hat es gesagt. Man muss vorher darüber diskutieren, ob man das Gefüge verändern will oder ob die Position des Ersatznotars nicht eigentlich ausreichend ist.

Es ist eine Frage ganz grundsätzlicher Art, ob es dadurch überhaupt mehr Legitimität gibt und ob es so viel demokratischer als beim repräsentativen Modell ist.

(Zuruf des Abgeordneten Andreas Winhart (AfD))

Ich bin sehr froh, dass in Österreich Alexander Van der Bellen Bundespräsident ist,

(Andreas Winhart (AfD): Er wurde direkt gewählt!)

wenn man sich überlegt, was dort in den letzten Jahren insbesondere am rechten Rand passiert ist und wie gut es war, dass er dort Bundespräsident ist und das mit ruhiger Hand, sachlich und professionell geregelt hat. Es hätte genauso der Hofer von der FPÖ werden können. Gott bewahre, was dann in Österreich los gewesen wäre! Hier kommen wir ein bisschen zum Punkt, was das Problem der Direktwahl ist, wenn ich das Volk allein über zwei Personen abstimmen lasse.

In diesem Jahr war die Präsidentschaftswahl in Frankreich. Emmanuel Macron ist mit 27,8 %, Marine Le Pen mit 23 % und Mélenchon mit 21 % gestartet. Alle drei waren relativ nah beieinander. Dann mussten sich die Leute zwischen Emmanuel Macron und Marine Le Pen entscheiden, wobei Gott sei Dank Macron gewonnen hat. Aber am Anfang hatte Macron über 70 % der Bevölkerung nicht hinter sich. Sie mussten sich aber entscheiden, um eine Rechtsextreme zu verhindern.

2002 war es zum Beispiel noch viel deutlicher. Chirac hatte 19 %, Jean-Marie Le Pen hatte 16,86 % und Lionel Jospin hatte 16,18 %. So nah waren sie beieinander. Chirac wurde danach mit 82 % gewählt; vorher waren 80 % der Bevölkerung gegen ihn. Sie

mussten ihn alle wählen, weil sie den Rechtsextremen verhindern wollten. Die Linken mussten Chirac wählen; sie sind teilweise mit Wäscheklammern auf der Nase, mit Handschuhen oder mit Trauerflor ins Wahllokal gegangen, um zu verdeutlichen, dass die Wahl stinkt und sie den wählen müssen, gegen den sie demonstrieren und den sie weghaben möchten, um den Rechtsextremen zu verhindern. Das ist das System bei der Direktwahl des Staatsoberhauptes, das dann auch noch viel Macht hat. Das heißt: In einem solchen Wahlsystem haben Randparteien eine Chance. Das ist vielleicht auch der Grund für Ihren Antrag.

(Zuruf des Abgeordneten Andreas Winhart (AfD))

Randparteien haben aber nicht die Chance, weil sie die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich haben, sondern weil sich im ersten Wahlgang die ganzen Stimmen aufsplitten. Dann reichen Ihnen Ihre paar Prozent, die Sie haben, vielleicht, um für eine Stichwahl in Frage zu kommen.

(Andreas Winhart (AfD): Das muss auch sein!)

Mit dem System, wie wir es mit der Bundesversammlung haben, trifft sich nicht nur der Bundestag, sondern auch Vertreterinnen und Vertreter aus den Landtagen, eine breite Menge derjenigen, die demokratische Legitimation in den verschiedensten Gebietskörperschaften Deutschlands bekommen haben, wählen; beim letzten Mal haben sie mit 71 % Steinmeier gewählt.

(Zuruf des Abgeordneten Andreas Winhart (AfD))

Ist das undemokratisch? Es war doch demokratisch legitimiert. Ist Direktwahl demokratischer? Es hat beides seine Vor- und Nachteile. Im ARD-Deutschlandtrend von Februar 2022 ist die Bevölkerung zu 68 % mit Steinmeier zufrieden. War es dann ein Fehler, ihn zu wählen? – Ich weiß es nicht. Direktdemokratische und repräsentative Elemente haben ihre Vor- und Nachteile und ihre Berechtigung. Es kommt letztlich darauf an, wie sie in das Gesamtgefüge eingebettet sind, ob sie eine demokratische

Bereicherung darstellen oder Probleme verursachen. Ihr Antrag zielt darauf ab, das zu wiederholen, was zu Schrecken in ganz Europa geführt hat. Ganz Europa muss mitzittern, wenn wieder eine Ihrer Schwesterparteien in die Stichwahl kommt. Wir lehnen dies für Deutschland ab. Deswegen stimmen wir dem Antrag nicht zu.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Eine Zwischenbemerkung von Herrn Abgeordneten Stadler.

Ralf Stadler (AfD): Sehr geehrter Herr Schuberl, Sie sprechen einerseits davon, dass es so bleiben soll, wie es ist, aber andererseits möchte Ihre Partei, dass das Wahlrecht ab 16 Jahren eingeführt wird. Langsam blicke ich nicht mehr durch. Was wollen Sie jetzt genau?

Toni Schuberl (GRÜNE): Dass Sie nicht durchblicken, glaube ich Ihnen.

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN)

Das Wahlrecht mit 16 Jahren bedeutet mehr Beteiligung und mehr demokratische Rechte für Jugendliche, die schon fähig sind, ihre Meinung in einem repräsentativen System zu artikulieren, in dem ich mich nicht hopp oder top für eine Person entscheiden muss. Wir wollen kein System, in dem Splittergruppen, die den Staat ins Chaos führen wollen, Morgenluft wittern, um auch irgendwie nach oben zu kommen.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Schuberl. – Nächster Redner ist Herr Kollege Dr. Huber Faltermeier für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Dr. Hubert Faltermeier (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren! Der Gedanke bzw. der Antrag, Direktwahlen zum Bundespräsidenten durchzuführen, ist nicht neu. Er beinhaltet sicher eine interessante staatsrechtliche und politische Diskussionsgrundlage. Aber dieser Antrag der AfD enthält eine schiefe,

tendenziöse und nicht tragfähige Begründung. Recht zu geben ist Ihnen, Herr Winhart, insoweit, als die Antragsbegründung tiefste AfD-Genetik enthält. Das stimmt!

(Zuruf des Abgeordneten Andreas Winhart (AfD))

Der Antrag schürt Aversionen gegen das bisherige Wahlverfahren und gegen die mitwirkenden Parteien. Wenn Sie selbst schreiben, die Auswahl findet hinter verschlossenen Türen und durch Absprachen der Parteien statt, schürt dies Aversionen.

(Zurufe von der AfD – Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Es ist auch aus dem Grund nicht gerechtfertigt, weil das Vorschlagsrecht bei jedem Mitglied der Bundesversammlung liegt und die Parteien die Aufgabe haben, bei der politischen Willensbildung mitzuwirken.

Ich wundere mich außerdem über Folgendes: Wenn ich mich recht erinnere, waren die AfD-Abgeordneten in Berlin anwesend. Ich habe kaum einen Bürger gesehen, den Sie nominiert hätten. Vielleicht habe ich ihn auch übersehen. Auch Ihr Vergleich mit Österreich liegt völlig daneben. Herr Kollege Schmid hat es ausgeführt: Der Bundespräsident hat in der Bundesrepublik Deutschland eine andere, bewusst geringere Machtfülle als sein österreichischer Kollege. Herr Schmid hat darauf hingewiesen. Ganz bewusst hat man mit Blick auf die Verfahren der Weimarer Verfassung darauf verzichtet.

Wir verschließen uns nicht einer Diskussion über das bisherige Wahlverfahren, aber es muss auch der Würde des Amtes angemessen sein. Stellen Sie sich einmal vor: Bei einer Direktwahl ist nicht von der Hand zu weisen, dass ein Wahlkampf stattfindet, wie er in Frankreich und Amerika dann auch mit tiefen Blessuren für dieses Amt verbunden ist. Deshalb ist dieses Wahlverfahren zwar nicht das einzig mögliche, aber auch nicht das schlechteste. Wegen der schiefen Begründung lehnen wir Ihren Antrag ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Dr. Faltermeier, bitte bleiben Sie noch am Mikrofon. – Es gibt eine Zwischenbemerkung von Herrn Abgeordneten Winhart von der AfD-Fraktion.

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrter Herr Dr. Faltermeier, Ihre letzte Bemerkung lässt mich überlegen, ob Sie Angst vor dem Wahlkampf in dieser Phase haben. Das Ringen um politische Positionen ist doch das Urdemokratischste, was wir in unserem Land haben! Wir machen dies doch alle fünf Jahre bei der Wahl zum Landtag, alle vier Jahre bei der Wahl zum Bundestag und alle fünf Jahre bei der Wahl zum Europaparlament. Wahlkampf ist doch nichts Schlimmes! Dies beschädigt niemanden. Es hat Sie, mich und noch keinen hier beschädigt. Herrn Söder hat es auch nicht beschädigt.

Wir waren alle in Berlin, weil wir uns der Verantwortung dieser Bundesversammlung bewusst sind. Deswegen tolerieren wir es auch nicht, wenn diese Bundesversammlung von einer Lady Bitch Ray oder einem Roland Kaiser für eine Selbstinszenierung oder irgendein Promi-Schaulaufen genutzt wird. Es ist doch nicht der Sinn der Bundesversammlung, dass sich irgendwelche B-Promis im Bundestag tummeln, –

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ihre Redezeit ist zu Ende.

Andreas Winhart (AfD): – sondern es geht darum, dass der Bundespräsident von Volksvertretern gewählt wird.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Dr. Faltermeier, bitte.

Dr. Hubert Faltermeier (FREIE WÄHLER): Vielleicht lesen Sie, Herr Winhart, einmal etwas zu den unterschiedlichen Stellungen eines Ministerpräsidenten, der sich einer Wahl zu stellen hat, und der Abgeordneten, die sich einer Wahl zu stellen haben. Aber der Bundespräsident ist der Repräsentant des gesamten Volkes. Deshalb ist das Verfahren angemessen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Faltermeyer. – Nächster Redner ist Herr Kollege Horst Arnold für die SPD-Fraktion.

Horst Arnold (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Über dieses Verfahren zu diskutieren, heißt natürlich auch, das zu machen, was Sie gern tun, und zwar kritisch über das Grundgesetz zu diskutieren. Artikel 54 besagt eindeutig, dass sich die Bundesversammlung aus Volksvertretern zusammensetzt, nämlich aus dem Bundestag per se und aus sogenannten Wahlleuten, die aus demokratisch gewählten Parlamenten gewählt werden. Das ist Demokratie! Was schwafeln Sie in diesem Zusammenhang von direkter Wahl? Wir sind Manns und Frau genug, uns auszusuchen, wen wir dort als Landesparlament hinschicken, um die Demokratie zu fördern;

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CSU und der FREIEN WÄHLER)

denn der Bundespräsident hat andere Aufgaben, als Sie es sich vorstellen und als – Zitat – Herr Söder oder auch, was bereits erwähnt worden ist, was das Bundespräsidentenamt in Österreich notwendig macht. Wir haben den Bundespräsidenten als Person, die überparteilich sein muss und gerade in Zeiten wie diesen zusammenführend und integrierend tätig ist. Dieser Bundespräsident ist parteilos und überparteilich. Er ist nur dann nicht überparteilich, wenn sich demokratiefeindliche Kräfte in diesem Land das Wort verschaffen wollen, gerade unter dem Deckmäntelchen der sogenannten direkten Demokratie.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CSU und der FREIEN WÄHLER)

Wenn Sie ansprechen, dass irgendeine Dragqueen oder sonst in irgendeiner Art und Weise Ihnen nicht kommode Personen dort aufgetreten sind, zeigt dies Ihre Art und Weise des Verständnisses von einer vielfältigen, toleranten und liberalen Gesellschaft. Unsere ist es nicht!

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CSU und der FREIEN WÄHLER –
Zuruf des Abgeordneten Ulrich Singer (AfD))

Wenn Sie Ihr Verhalten selbst ansprechen, müssen Sie sich gar nicht verkleiden. Es war ungeheuerlich, wie sich Ihre Vertreter bei der Rede bzw. bei der Ansprache verhalten haben. Ich spreche hier den Kollegen Brandner aus der Bundestagsfraktion an, der sich unflätig hingefläzt und abgewendet hat. Dies sind Verhaltensweisen, die einer Demokratie und einer Zivilisation nicht angemessen sind. Hier brauchen Sie keine Dragqueens!

(Beifall bei der SPD, der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der
FDP)

Gehen Sie also in sich selbst! Prüfen Sie sich selbst! Dieser Antrag, den Sie stellen, ist auch ein Angriff auf das Grundgesetz.

(Widerspruch bei der AfD)

Wir stehen diesbezüglich dahinter und bleiben auch dahinter.

(Zurufe von der AfD)

Sie werden die notwendigen Mehrheiten, auch wenn Sie sich in einen Komaratsch hinein saufen, nicht finden, weil die Mehrheit der Bevölkerung immer über Vernunft verfügt.

(Beifall bei der SPD, der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der
FDP)

Ein letztes Wort noch aus der Historie heraus. Das haben wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wohl verstanden und wissen es, ohne inhaltlich vergleichen zu wollen.

(Zuruf von der AfD: Demokratiemangel!)

Wir standen 1932 in der Weimarer Republik vor der Wahl zwischen Pest und Cholera, nämlich zwischen Hindenburg und Adolf Hitler. Wir mussten Hindenburg wählen, um Hitler zu vermeiden. Aus dieser Erfahrung haben wir gelernt. So ist es im Grundgesetz, und so bleibt es mit besten Gründen.

(Beifall bei der SPD, der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Arnold. – Nächster Redner ist der Kollege Martin Hagen von der FDP-Fraktion.

Martin Hagen (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon viel Richtiges gesagt worden, viele Argumente, warum dem Antrag der AfD-Fraktion zu widersprechen ist, über die Stellung des Präsidenten in unserem politischen System, über die Macht, die er hat oder nicht hat, über die Macht, die er aus einem direktdemokratischen Votum möglicherweise ableiten könnte. Das heißt, die Theorie ist abgearbeitet.

Ich möchte noch einen kurzen Blick auf die Praxis werfen; denn wenn die Theorie richtig ist, kann es immer noch sein, dass wir in der Praxis ein Problem haben, das wir lösen müssten. – Schauen wir uns doch mal an, ob wir ein Problem haben mit der Art und Weise, wie der Bundespräsident gewählt wird. Wurden in den vergangenen Jahrzehnten Menschen ins Amt gewählt, die wir als ungeachtet betrachten? – Namen wie Theodor Heuss, Gustav Heinemann, Richard von Weizsäcker oder jüngst auch Joachim Gauck, der in diesem Parlament zu Gast war, sind ein gutes Gegenbeispiel. Die Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland waren durchweg honorige, hervorragende Politiker. Sie wären bestimmt keine besseren gewesen, wenn sie direkt vom Volk gewählt worden wären.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Eine zweite Frage, die man als Argument anführen könnte, um zu sagen, wir haben Reformbedarf: Ist es denn so, dass die Bevölkerung kein Vertrauen in diese Institution des Bundespräsidenten hat, weil sie nicht direkt gewählt wird? – Jetzt schauen wir uns mal an, wie das Vertrauen der Bevölkerung in politische Institutionen ist. Lediglich 24 % der Bevölkerung vertrauen den Parteien. Da können wir uns jetzt alle gemeinsam fragen, warum das so ist, uns an der eigenen Nase fassen und daran arbeiten, das zu verbessern. Immerhin 50 % vertrauen dem Deutschen Bundestag. 57 % vertrauen der Bundesregierung. Aber sage und schreibe 75 % vertrauen dem Bundespräsidenten,

(Zuruf des Abgeordneten Andreas Winhart (AfD))

nicht obwohl, sondern weil er auf die Art und Weise gewählt wird, wie er nun mal gewählt wird, weil er sich nicht einem Wahlkampf stellt, sondern weil die Bundesversammlung ihn bestimmt. Der Bundespräsident ist eine Institution, die sich in der Geschichte der Bundesrepublik in jeder Hinsicht bewährt hat. Es gibt keinen Grund, daran etwas zu ändern.

(Beifall bei der FDP sowie Abgeordneten der CSU, der GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER und der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Fraktionsvorsitzender. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Der federführende Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wir kommen nun zur namentlichen Abstimmung. Sie haben drei Minuten Zeit. Die Abstimmung ist eröffnet.

(Zurufe: Es geht nicht! – Jetzt geht es! – Namentliche Abstimmung von 20:53 bis 20:56 Uhr)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Haben alle abgestimmt? – Das ist anscheinend so. Damit ist die Abstimmung beendet. Ich gebe das Ergebnis später bekannt.

(Anhaltende Unruhe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, kehren Sie bitte zu Ihren Plätzen zurück und stellen Sie die Gespräche hier im Plenarsaal ein. Es dauert halt noch ein bisschen, bis wir weitermachen können.

(Anhaltende Unruhe)

Jetzt mache ich noch mal den Versuch: Würden Sie bitte Ihre Gespräche einstellen? Ich würde gerne den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufen, möchte aber sicher sein, dass das auch von allen verstanden wird. Deshalb ein bisschen ruhiger. – Vielen herzlichen Dank.

(...)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich gebe jetzt noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Österreich als Vorbild folgen: Bundespräsidenten direkt vom Volk wählen lassen – jetzt die Weichen für die nächsten Wahlen stellen", Drucksache 18/20552, bekannt. Mit Ja haben 11 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 130 Abgeordnete. Stimmenthaltungen: null. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 26.04.2022 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Ulrich Singer, Christian Klingen u. a. und Fraktion AfD; Österreich als Vorbild folgen: Bundespräsidenten direkt vom Volk wählen lassen - jetzt die Weichen für die nächsten Wahlen stellen (Drucksache 18/20552)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X		Fackler Wolfgang			
Adje Benjamin		X		Dr. Faltermeier Hubert		X	
Aigner Ilse				Fehlner Martina		X	
Aiwanger Hubert				Fischbach Matthias		X	
Arnold Horst		X		Flierl Alexander		X	
Atzinger Oskar	X			Flisek Christian			
Aures Inge				Franke Anne		X	
				Freller Karl			
Bachhuber Martin		X		Friedl Hans		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X		Friedl Patrick			
Bauer Volker				Fuchs Barbara		X	
Baumgärtner Jürgen				Füracker Albert			
Prof. Dr. Bausback Winfried		X					
Bayerbach Markus				Gehring Thomas			
Becher Johannes		X		Gerlach Judith			
Becker Barbara		X		Gibis Max		X	
Beißwenger Eric		X		Glauber Thorsten			
Bergmüller Franz	X			Gotthardt Tobias		X	
Blume Markus				Gottstein Eva		X	
Böhm Martin				Graupner Richard	X		
Bozoglu Cemal		X		Grob Alfred		X	
Brandl Alfons		X		Güller Harald		X	
Brannekämper Robert		X		Guttenberger Petra			
Brendel-Fischer Gudrun		X					
von Brunn Florian				Häusler Johann		X	
Dr. Büchler Markus				Hagen Martin		X	
Busch Michael				Prof. Dr. Hahn Ingo	X		
				Halbleib Volkmar			
Celina Kerstin		X		Hartmann Ludwig		X	
Dr. Cyron Anne				Hauber Wolfgang		X	
				Haubrich Christina		X	
Deisenhofer Maximilian		X		Hayn Elmar			
Demirel Gülseren		X		Henkel Uli	X		
Dorow Alex		X		Herold Hans		X	
Dremel Holger		X		Dr. Herrmann Florian		X	
Dünkel Norbert		X		Herrmann Joachim			
Duin Albert		X		Dr. Herz Leopold		X	
				Dr. Heubisch Wolfgang		X	
Ebner-Steiner Katrin				Hierneis Christian		X	
Eck Gerhard		X		Hiersemann Alexandra		X	
Eibl Manfred		X		Hintersberger Johannes			
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Högl Petra		X	
Eisenreich Georg				Hofmann Michael			
Enders Susann				Hold Alexander			
Enghuber Matthias		X					

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Holetschek Klaus			
Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Huml Melanie			
Jäckel Andreas		X	
Dr. Kaltenhauser Helmut		X	
Kaniber Michaela			
Karl Annette		X	
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian		X	
Knoblach Paul		X	
Köhler Claudia		X	
König Alexander			
Körber Sebastian		X	
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha		X	
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Susanne		X	
Ländner Manfred		X	
Lettenbauer Eva		X	
Löw Stefan			
Dr. Loibl Petra		X	
Lorenz Andreas		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland			
Maier Christoph			
Mang Ferdinand	X		
Mannes Gerd	X		
Markwort Helmut		X	
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen		X	
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep		X	
Dr. Müller Ralph			
Müller Ruth		X	
Muthmann Alexander		X	
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzinger Stephan		X	
Osgyan Verena		X	
Pargent Tim		X	
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus			
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef		X	
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris		X	
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias			
Riedl Robert		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus		X	
Ritter Florian			
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin			
Sandt Julika			
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike			
Schiffers Jan	X		
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi			
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin			
Schuberl Toni		X	
Schuhknecht Stephanie		X	
Schulze Katharina			
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna			
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sengl Gisela		X	
Sibler Bernd			
Siekmann Florian		X	
Singer Ulrich	X		
Skutella Christoph		X	
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula		X	
Dr. Spaenle Ludwig			
Dr. Spitzer Dominik		X	
Stachowitz Diana		X	
Stadler Ralf	X		
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus			
Stolz Anna			
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. Strohmayr Simone		X	
Stümpfig Martin		X	
Swoboda Raimund			
Tasdelen Arif		X	
Taubeneder Walter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter			
Trautner Carolina			
Triebel Gabriele			
Urban Hans			
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. Weigand Sabine		X	
Weigert Roland			
Widmann Jutta			
Wild Margit		X	
Winhart Andreas	X		
Winter Georg			
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian		X	
Gesamtsumme	11	130	0